

## Argentinien

# Rückfall in längst vergangen geglaubte Zeiten

18.03.2014



Als Folge der hohen Inflation bekommen die Argentinier für ihr Geld immer weniger Waren. (Bild: Keystone / AP)

**Trotz ihrer populistischen Rhetorik versucht Argentiniens Regierung das Verhältnis zum Ausland und den Finanzmärkten zu kitten. Unklar ist, ob Präsidentin Kirchner den Kurswechsel mitträgt.**

*Alexander Busch, Buenos Aires*

Das Büro im Mittelschichtsvorort im Norden von Buenos Aires ist karg bestückt. Die Wände sind kahl, es gibt nur zwei Stühle sowie einen Resopaltisch. Auf diesem stehen eine Geldzählmaschine und ein Glas, gefüllt mit Gummibändern. Ein junger Mann mit tätowierten Unterarmen betritt wortlos den Raum und überreicht dem Besucher einen Stapel Banknoten sowie eine ausgedruckte Quittung. Nervös flackert sein Blick, während der Kunde das Geld nachzählt. Danach schnürt er ihm die Banknoten mit den Gummibändern zu einem faustdicken Päckchen und leitet den Kunden nach draussen zur von einer Kamera überwachten Tür. Im Flur warten drei neue Kunden darauf, ihr Geld zu wechseln. Die Szenerie erinnert an ein Wartezimmer beim Zahnarzt.

### Lohnende Geschäfte

Wer dieser Tage Argentinien besucht, fühlt sich wie in einem Film aus den achtziger Jahren. Einer Zeit, als in vielen Ländern Südamerikas Hochinflation herrschte und der tägliche Tausch von Dollars für die Mittelschicht zwischen Panamakanal und Patagonien zum Alltag gehörte. In der argentinischen Hauptstadt des Jahres 2014 schiessen überall illegale

Wechselstuben wie Pilze aus dem Boden. Fast jeder kennt jemanden, der sich als Dollarwechsler selbständig gemacht hat, weil sich das Geschäft offenbar lohnt.

In der Calle Florida im Zentrum von Buenos Aires ist das besonders auffällig: Es ist die einstmals eleganteste Einkaufsmeile Südamerikas mit der ersten, vor 100 Jahren eröffneten Auslandfiliale des Londoner Luxuskaufhauses Harrods, die schon längst wieder geschlossenen worden ist. In die billigen Jeans- und Nadel-Geschäfte verlieren sich kaum Kunden. Doch in den verstaubten Wechselstuben in den Nebenstrassen, den «Cuevas», den sogenannten «Höhlen», geht es wieder so lebhaft zu wie vor Jahrzehnten.

Der Rückfall in längst vergangen geglaubte Zeiten liegt vor allem am Kurs der Regierung unter Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Seit 2011 kontrolliert sie den Devisenhandel. Unternehmen müssen jeden Import von Produkten einzeln genehmigen lassen. Argentinier, die ins Ausland reisen wollen, müssen vorher Dollars beantragen und dafür ihre Steuererklärung vorlegen. Mit den Import- und Wechselkurs-Beschränkungen will die Regierung weitere Verluste an Devisenreserven verhindern. Die sind auf 27 Mrd. \$ gesunken – der Bestand hat sich in zweieinhalb Jahren annähernd halbiert. Eine leere Devisenkasse ist für Argentinien riskant. Das Land bekommt seit seinem Zahlungsstopp auf die Auslandsschulden vor zwölf Jahren keine Kredite mehr im Ausland. Wenn der Dollar ausgeht, kann die Regierung weder Medikamente, Lebensmittel noch Benzin importieren.

Inzwischen fehlen Importprodukte. Bisher fiel das kaum ins Gewicht, weil Argentinien's Industrie in vielen Sparten die Einfuhren durch lokal hergestellte Produkte ersetzen kann. Doch das gelingt ihr immer seltener. Inzwischen fürchten Ökonomen wie der ehemalige Industrieminister Dante Sica, dass die Wirtschaft dieses Jahr in eine Rezession rutschen könnte.

Sica empfängt in seinem eleganten Büro im aufwendig restaurierten Hafenviertel Puerto Madero. Die Hafenmole mit den Museen für moderne Kunst und Film, Luxushotels und den neuen Hochhäusern bildet das schicke Ausgehviertel der 13-Millionen-Metropole. Dort investieren begüterte Ausländer in einen Zweitwohnsitz mit Blick auf den Río de la Plata und reiche Argentinier, um ihr Geld vor der Inflation zu schützen – oder um es zu waschen, wie einem jeder Taxifahrer erklärt. Schliesslich sollen dort auch ranghohe Regierungsmitglieder Appartements erworben haben, die sie sich eigentlich gar nicht leisten könnten.

Die Inflation ist auch ein Grund, warum Sica mit seinem Beratungsunternehmen Abeceb 40 Mitarbeiter beschäftigt und es ihm an Aufträgen nicht mangelt. Wenn die Regierung die Statistiken fälsche, wirke das wie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für unabhängige Ökonomen, sagt Sica. Jahrelang hat die Regierung die Inflationszahlen vom statistischen Amt Indec beschönigen lassen. Erst Anfang Februar ruderte sie zurück, und die Statistiker stellten einen «aktualisierten» Warenkorb für ihre Berechnungen vor. Und die Inflationsrate belief sich auf einen Schlag nicht mehr auf 10% im Jahr, sondern alleine im Januar auf 3,7%. Darauf basieren die Prognosen mit einer Jahresinflation für 2014 von 30% bis 50%.

Wie viele Ökonomen interpretiert Sica die neue Inflationsberechnung als einen Beleg für eine Wende in der Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Präsidentin gebe sich weiterhin linkspopulistisch – ihre Ökonomen änderten aber gerade die Politik. Er listet die Fakten auf: Im Januar hat die Regierung die Devisenkontrollen gelockert und den Peso um 23% abgewertet. Das hat den Wechselkurs auch auf dem Schwarzmarkt stabilisiert sowie den Abfluss der Devisen verlangsamt. Mit dem spanischen Energiekonzern Repsol hat sich Argentinien für die Verstaatlichung von YPF, seiner einstigen argentinischen Tochter, auf

eine Entschädigungssumme von 5 Mrd. \$ geeinigt. Dem Pariser Club will die Regierung ausstehende Kredite der öffentlichen Institutionen und Geber zurückzahlen, nachdem sie die Forderungen von 8 Mrd. \$ jahrelang ignoriert hatte.

Das geschehe nicht freiwillig, sagt Sica. Doch auch den von der Universität ins Kabinett gewechselten marxistischen Volkswirten in der Regierung sei inzwischen klargeworden, dass der Schock der orthodoxen Anpassung umso brutaler ausfalle, je länger die Regierung mit ihrer heterodoxen Politik des Gelddruckens und der staatlichen Subventionen fortfahre, meint Sica. Die Probleme der Inflation und des Budgetdefizits würden dann durch eine brutale Rezession gelöst – wie zuletzt zur Jahrtausendwende nach der Zahlungsunfähigkeit. Das sei nichts Neues. Im historischen Durchschnitt erlebe Argentinien alle zehn Jahre eine existenzielle Krise.

Deshalb starrt die Wirtschaft nun auf das Staatsbudget. Wenn die Regierung die Finanzmärkte und das Ausland von ihrer Ernsthaftigkeit überzeugen will, sind als nächster Schritt Kürzungen im Haushalt notwendig. Die Regierung finanziert mit der Notenpresse ihre zu hohen Ausgaben – es handelt sich um Subventionen von Strom, Telefonie oder Transport sowie um Sozialleistungen. Inzwischen hängen 40% der Argentinier in irgendeiner Form am Tropf des Staates. Um die Ausgaben zu stemmen, greift die Regierung auf die Notenpresse zurück. Man müsse abwarten, ob und wie die Regierung das Problem der zu hohen Staatsausgaben angehen werde, sagt Sica – und trifft damit den Nerv der Wirtschaft in Argentinien.

### **Auf Eis liegende Investitionen**

«Abwarten» ist das meistgebrauchte Tätigkeitswort in Buenos Aires dieser Tage, in das die Argentinier mit dem Ende ihrer Sommerferien wieder zurückkehren und gespannt sind, wie es weitergeht. Beim Unternehmensberater Martin Jebsen von Jebsen & Co. liegen ein Dutzend Investitionsprojekte seiner Mandanten auf Eis. Es sind europäische Mittelständler, die Millionen in Argentinien investieren wollen. Doch sie warten ab. Ausländischen Konzernen ist es nicht möglich, Kredite, Dividenden oder Warenlieferungen an ihre Mutterhäuser zu zahlen. Niemand investiert, wenn der Peso künstlich aufgewertet wird. Doch was machen die Konzerne mit den Gewinnen, die sie in Argentinien erzielen? Sie investierten in Immobilien oder zahlten lokale Schulden zurück, sagt Jebsen. Liegt das Geld auf dem Konto, decken die Zinsen nicht die Inflation. Der Deutsch-Argentinier Jebsen ist einer der führenden Wirtschaftsanwälte für Schweizer Firmen in Buenos Aires. Er verliert jedoch seine hanseatisch kühle Zurückhaltung, wenn er über die Regierung spricht. In seinen 43 Jahren als Unternehmensberater in Argentinien sei die derzeitige Exekutive die schlechteste.

Auch Mittelständler, die bis vor kurzem trotz den lokalen Beschränkungen Geld verdienten, warten ab – wie der deutsche Automatisierungstechniker Phoenix Contact. Vergangenes Jahr weihte der Geschäftsführer Nelson Visioli in Anwesenheit der via Fernsehen zugeschalteten Präsidentin eine Fabrik für Klemmen und Schalterelemente ein. Diese sollten ins Mutterhaus nach Norddeutschland exportiert werden, obwohl die Produktion in Argentinien teurer ist als in Europa. Mit der lokalen Produktion will Visioli die notwendigen Devisen erwirtschaften, um andere Teile importieren und seinen Marktanteil in Argentinien halten zu können – und sich die Gunst der Regierung sowie der Bürokratie zu sichern, weil er Arbeitsplätze schafft. Doch inzwischen liefert er nicht mehr ans Mutterhaus.

Die Bürokratie mache es unmöglich, Lieferpläne einzuhalten. Er könnte noch nach Lateinamerika verkaufen. Dort sei man toleranter mit nicht eingehaltenen Lieferterminen.

Zudem habe die Abwertung im Januar die Dollarschulden seines Unternehmens erhöht. Der trotz allen Widrigkeiten optimistische Visioli sieht 2014 als das Jahr der Entscheidungen. Nur wenn die Regierung Reformen anpacke, könnten sie vermeiden, alles zu verlieren.

Sica, Jebson und Visioli sind sich trotz ihren unterschiedlichen Perspektiven einig, dass sich Argentinien's Wirtschaft in kurzer Zeit sanieren liesse. Die Firmen sind in Dollars kaum verschuldet. Das Haushaltsdefizit mit rund 3% des Bruttoinlandprodukts (BIP) ist leicht zu sanieren. Die staatlichen Subventionen bei Energie und Transport betragen knapp 5% des BIP und könnten gestrichen werden. Ausserdem stehen ausländische Investoren parat, die in Argentinien's Landwirtschaft, in den Bergbau, den Energiesektor oder die Lebensmittelproduktion investierten. Doch sie trauen einer Regierung nicht, die Firmen enteignet, Schulden nicht bezahlt und Statistiken fälscht.

Das britische Magazin «The Economist» ging jüngst in einer Titelgeschichte so weit, Argentinien als ein warnendes Beispiel dafür zu sehen, wie reiche Staaten weitgehend selbstverschuldet wieder zu Entwicklungsländern mutieren. Es sagt einiges über die Weltläufigkeit und den Bildungsstand der Argentinier aus, dass diese Ausgabe des «Economist» an den Kiosken in Buenos Aires über Tage ausverkauft war.

### **Ein Ass im Ärmel**

Vor allem wegen der wettbewerbsfähigen Landwirtschaft kann sich Argentinien den Luxus erratischer Politiken und schwacher Regierungen leisten. Es ist auffällig, wie gut die Agroindustrie nach zehn Jahren Dauerkrise noch reüssiert. Sobald man die Hauptstadt in Richtung der feuchten Pampa verlässt, gelangt man in eine andere Welt. Die Autobahnen sind gut ausgebaut, die Lastwagen und Traktoren sind neueren Datums. Es gibt kaum noch Rinder auf den Weiden. Dazu sind die Böden der Pampa zu wertvoll. Deswegen wird jeder Quadratmeter genutzt – für Mais, Weizen, Reis, Sonnenblumen und manchmal auch für Milchkühe, die aber nicht mehr weiden, sondern Mastfutter bekommen. Und vor allem wächst dort Soja, das noch hüfthoch und dunkelgrün spriesst, aber bald austrocknet und dann geerntet wird. Argentinien's Farmer erwarten eine Rekordernte.

Und die Regierung ihrerseits wartet sehnsüchtig auf deren Verkauf: Alleine die Ausfuhren von Soja könnten 30 Mrd. \$ einbringen und das Staatsbudget entlasten. Von den derzeit rund 670 \$ Gewinn, den die Farmer pro Hektaren Soja verdienen, nimmt ihnen der Staat per Ausfuhrsteuer 300 \$ ab.

Doch was machen die Farmer? Auch sie warten mit den Verkäufen ab. Sie haben bereits grosse Mengen der Maisernte in Silobolsas gelagert. Das sind gigantische Plastic-Hüllen, in denen Getreide bis zu zwei Jahre problemlos neben den abgeernteten Feldern gelagert werden kann, ohne an Qualität einzubüssen. Die Landwirte zögern mit dem Verkauf, weil sie sicher sein wollen, dass die Regierung nicht noch eine weitere Abwertung vornimmt, bevor sie ihre Ernte verkaufen und Dollars in Peso tauschen müssen. Die Regierung beschimpft die Farmer nun als gierige Spekulanten. Es sei ihre vaterländische Pflicht, die eingelagerten Produkte zu verkaufen. Die Regierung droht damit, den Verkauf staatlich zu kontrollieren.

Doch sie weiss auch, dass sie gegen die Landwirte nicht viel ausrichten kann. Schon vor vier Jahren versuchte Präsidentin Kirchner, die bereits hohen Ausfuhrsteuern für die Bauern nochmals zu erhöhen. Diese nahmen das nicht hin und streikten monatelang. Als schliesslich die städtische Bevölkerung die rebellierenden Landwirte unterstützte, musste die Präsidentin

klein begeben. Vermutlich bleibt Cristina Fernández de Kirchner auch jetzt nicht viel mehr übrig, als auf den Beginn der Ernte zu warten.

### **Brasilien leidet mit**

Wenn Argentinien die Einfuhren drosselt, trifft das einen Handelspartner besonders heftig: Brasilien. Argentinien ist hinter China und den Vereinigten Staaten der drittgrößte Abnehmer von brasilianischen Exportgütern. Verständlich, dass die Situation in Argentinien bei Brasiliens Exportvereinigung (AEB) Besorgnis auslöst. Die AEB geht davon aus, dass Argentinien 2014 weniger Waren im Wert von rund 5 Mrd. \$ einführen wird, wobei mindestens 3 Mrd. \$ auf das Konto Brasiliens gehen dürften. 2013 belief sich der Handel zwischen den beiden Ländern auf 36 Mrd. \$, wobei Brasilien einen Überschuss von rund 3,2 Mrd. \$ erzielte.

Brasilien ist wirtschaftlich solide und wird den Einschnitt überleben. Das größte lateinamerikanische Land exportierte 2013 Güter im Wert von rund 240 Mrd. \$. Die niedrigeren Ausfuhren nach Argentinien werden dennoch schmerzhaft sein. Betroffen ist in erster Linie die verarbeitende Industrie Brasiliens. Diese zeichnet sich nicht gerade durch Konkurrenzfähigkeit aus. Argentinien gilt als ein Schlüsselmarkt. Was verarbeitete Güter betreffe, habe Brasilien keinen alternativen Markt, sagt AEB-Direktor José Augusto Castro.

Laut Castro hat Argentinien bereits angekündigt, die Importe im Automobilsektor zu kürzen. Dies bestätigt der Verband der Automobilhersteller, laut dem Argentinien im Januar weniger Einfuhrbewilligungen ausgestellt hat. Die Folgen werden erst im März oder April zu spüren sein. Die brasilianischen Schuhhersteller sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Heitor Klein, Präsident des Verbandes der Schuhindustrie, klagt über eine Verschärfung des Protektionismus gegenüber brasilianischen Waren seitens Argentiniens. Im Februar musste die Branche 410 000 Paar Schuhe zurückziehen, die für den Export nach Argentinien bestimmt waren, nachdem Argentinien keine Einfuhrbewilligung erteilt hatte.